



**08. November 2019**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

## **Inhalt:**

- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
  - Angehörigen-Entlastungsgesetz
  - Digitales-Versorgungs-Gesetz
  - Strafverfahren sollen modernisiert werden
  - Reform des Sozialen Entschädigungsrechts
- **Bilder der Woche**
  - Betriebs- und Personalrätekonferenz
  - Nancy Faeser besucht SPD-Landesgruppe
  - Esther Dilcher zur stellvertretenden Sprecherin der AG Recht & Verbraucherschutz gewählt
  - Bürgermeister aus dem Wahlkreis Waldeck zu Besuch
  - BPA Fahrt – Politische Informationsreise nach Berlin
  - Neuer Mitarbeiter im Team Franke

## Die Woche im Deutschen Bundestag

Zentrale sozialdemokratische Gesetze wurden am 07. November im Deutschen Bundestag beschlossen.

### Angehörigen-Entlastungsgesetz



Für Angehörige geht die Pflege von Eltern oder Kindern häufig mit einer großen finanziellen Belastung einher. Bislang müssen sie für den Unterhalt und damit für die Pflegekosten ihrer pflegebedürftigen Eltern oder Kinder aufkommen, wenn diese Hilfen zur Pflege erhalten.

Künftig wird auf das Einkommen der Angehörigen erst dann zurückgegriffen, wenn sie mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen – ansonsten werden die Kosten für die Hilfe zur Pflege vom Staat übernommen. Das haben wir

im Koalitionsvertrag durchgesetzt und nun auch im Deutschen Bundestag beschlossen.

### Digitales-Versorgungs-Gesetz

**In der Digitalisierung und in innovativen Versorgungsstrukturen liegen große Chancen für eine bessere Gesundheitsversorgung für die Versicherten. Auch heute schon nutzen viele Patienten und Patientinnen Gesundheits-Apps, die sie zum Beispiel dabei unterstützen, ihre Arzneimittel regelmäßig einzunehmen oder ihre Blutzuckerwerte zu dokumentieren.**

Mit dem Digitale-Versorgungs-Gesetz sollen Ärzte und Ärztinnen solche Apps künftig als Kassenleistung verschreiben können. Außerdem schafft das Gesetz die Voraussetzungen, dass die digitale Infrastruktur für den Gesundheitsbereich (TI) weiter wachsen kann. Patientinnen und Patienten sollen digitale Angebote wie möglichst bald flächendeckend nutzen können. Damit digitale Angebote möglichst bald flächendeckend genutzt werden können, werden beispielsweise Apotheken und Krankenhäuser verpflichtet, sich bis Ende

September 2020 bzw. Januar 2021, an die Telematikinfrasturktur (TI) anschließen zu lassen.

Schon im Vorfeld hatte **Edgar Franke** in Mainz u.a. mit dem Präsidenten der Landesärztekammer, mit Vertretern von Hochschule, Politik und dem Bundesgesundheitsministerium zum Thema: „Das Verhältnis von Arzt und Patient - wird sich die medizinische Versorgung im Zuge der Digitalisierung ändern?“ intensiv diskutiert (siehe Bild).



Es ging vor allen auch darum, dass die Digitalisierung in Deutschland mit der Einführung einer elektronischen Patientenakte endlich vorankommt und die Qualität der medizinischen Versorgung durch Vernetzung nicht nur verbessert, sondern auch einen erheblichen Effizienzgewinn bewirkt. Deshalb müsse noch in der laufenden Legislaturperiode deren Einführung geschafft werden, so Franke, der die Gesprächsrunde moderiert hatte.

## **Strafverfahren sollen modernisiert werden**

**Diese Woche wurde in erster Lesung das Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens behandelt. Das Gesetz enthält wichtige Regelungen für ein modernes Strafverfahren und zur Beschleunigung von Strafprozessen.**

Bei Strafprozessen mit vielen Geschädigten können gemäß dem vorgelegten Gesetzentwurf Gerichte den Nebenklägern künftig einen gemeinschaftlichen Anwalt beordnen, wenn diese die gleichen Interessen haben.

Deutlich eingeschränkt werden soll die Möglichkeit, den Prozess durch missbräuchliche Befangenheitsanträge oder Beweisanträge zu verzögern. Den Verfahrensbeteiligten wird künftig die Gesichtsverschleierung vor Gericht verboten, es sei denn, die Gesichtsverdeckung ist aus Gründen des Zeugenschutzes notwendig.

Um Opferzeugen bei Sexualstraftaten belastende Mehrfachvernehmungen zu ersparen, soll ihre Vernehmung bereits im Ermittlungsverfahren durch einen Richter oder eine Richterin erfolgen und audiovisuell aufgezeichnet werden. Die Möglichkeiten der DNA-Analyse sollen weitreichender genutzt werden können. **Esther Dilcher**: „Wichtig ist, dass der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern umgesetzt wird und die vereinbarten 2.000 zusätzlichen Richter und Staatsanwälte von den Ländern eingestellt werden.“

### **Terroropfer und Franke sehen Reformpläne kritisch**

Die Angehörigen der Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz sehen die Pläne äußerst skeptisch. "Eine Beschleunigung des Hauptverfahrens ist sicherlich in vielen Fällen wünschenswert, darf aber nicht dazu führen, dass die Rechte der Betroffenen beschnitten werden", heißt es in ihrem Schreiben an das Kanzleramt, worüber Spiegel online berichtete. Zum Opferschutz gehöre die Möglichkeit, Ansprüche "ungehindert und durch einen Rechtsanwalt eigener Wahl geltend machen zu können".

Auch der Opferschutzbeauftragte der Bundesregierung, **Edgar Franke** betonte: „Ein Opferanwalt auf Staatskosten ist eines der wichtigsten Rechte von Opfern im Strafverfahren". „Eine Regelung, mit der dieses Recht beschränkt wird, ist daher kritisch zu betrachten.“



## Reform des Sozialen Entschädigungsrechts

Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Opfer ist nach Gewalttaten das Wichtigste. Im Deutschen Bundestag wurden deutliche Verbesserungen beschlossen, auch für Opfer psychischer oder sexueller Gewalt sowie für Personen, die mittelbar Opfer einer Gewalttat werden und einen Schock erleiden, weil sie beispielsweise Zeuge eines tödlichen Überfalls sind: Entschädigungszahlungen werden erhöht, das Recht verständlicher und damit besser handhabbar, Traumaambulanzen werden gesetzlich garantiert.

In seiner Rede betonte der Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland, **Edgar Franke**, dass das neue Gesetz richtungsweisend sei und ein deutliches politisches Signal setze. Man wolle Opfern und Hinterbliebenen helfen, den Weg zurück ins Leben zu finden. Opfer von Gewalttaten hätten die bestmögliche Versorgung verdient.



Franke machte an einem Beispiel deutlich, dass das neue Sozialgesetzbuch XIV um einen wesentlichen Anwendungsbereich erweitert wird: „Wir haben das Beispiel vom Breitscheidplatz, wo ein Vater mit seinen vier Kindern an der Ampel stehend den Anschlag miterleben musste. Seitdem kann er nicht mehr arbeiten, da er nicht unter das geltende Recht fiel. Im neuen SGB XIV sind jetzt auch die unmittelbaren Tatzeugen erfasst.“

Endlich werden auch psychische Gewalt, wie Stalking, der physischen Gewalt gleich gestellt. Positiv sei auch, dass der Leistungsmaßstab gegenüber dem Krankenversicherungsrecht in vielen Fällen erheblich erweitert wurde. Der Zugang zu Traumaambulanzen und die Betreuungsqualität würden erheblich verbessert. Vor allen Dingen können die Rentenleistungen über 2.000 Euro pro Monat betragen. Dies sei ein großer Erfolg für die Opfer.

## Bilder der Woche

### Gute Arbeit braucht starke Arbeitnehmerrechte - 300 Betriebsräte in Berlin zu Gast



Rund 300 Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland waren zu Gast auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, die am 4. November in Berlin stattfand. Darunter auch **Oliver Kohlund** aus Trendelburg-Sielen, Vorsitzender AfA-Bundesvorstand, dem Wahlkreis der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher. (im Bild rechts zusammen mit **Esther Dilcher und Klaus Barthel**)

Kohlund ist Bezirksvorsitzender der AfA Hessen-Nord und ehemaliger Betriebsrat der Telekom Deutschland.

„Wie gehen wir mit mobiler Arbeit um? Braucht es im Arbeitszeitrecht mehr Flexibilität oder mehr Arbeitsschutz? Wie kann in Zeiten der Plattformökonomie die Gründung eines Betriebsrates erleichtert und

rechtssicherer gemacht werden? Das sind die Fragen, auf die wir dringend Antworten finden müssen“, so Dilcher.

In der Podiumsdiskussion zu Arbeitnehmerrechten der Zukunft wurde klar: Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen wieder zur Regel werden, Befristungen mit Sachgrund gehören auf den Prüfstand, ebenso wie das Teilzeitrecht. „Um den digitalen Wandel zu meistern, brauchen wir mehr Qualifizierung und Mitbestimmung. Wir haben in dieser Wahlperiode die Brückenteilzeit und das Rückkehrrecht in Vollzeit eingeführt. Das wollen wir weiter ausbauen“, so Dilcher.



### **Nancy Faeser besucht SPD-Landesgruppe**

Nancy Faeser (Bildmitte) ist die neue Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und seit dem vergangenen Wochenende auch neue SPD-Landesvorsitzende. Sie wurde mit sehr gutem Ergebnis auf unserem Landesparteitag in Baunatal gewählt.

Nancy war bereits die Generalsekretärin der Hessischen SPD und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Am Montag war sie zu einem „Antrittsbesuch“ in unserer SPD-Landesgruppe in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

### **Wahl zur stellvertretenden Sprecherin der AG Recht & Verbraucherschutz**

Esther Dilcher wurde einstimmig zur stellvertretenden Sprecherin der AG Recht und Verbraucherschutz gewählt. **Esther Dilcher** freut sich über die neue Funktion und die Zusammenarbeit mit dem Sprecher Johannes Fechner und dem weiteren Stellvertreter, Karl-Heinz Brunner (im Bild links).



### **Bürgermeister aus dem Wahlkreis Waldeck zu Besuch in Berlin**

Am Freitag waren die Bürgermeister aus Volkmarsen (Hartmut Linnekugel), Twiestetal (Stefan Dittman), Diemelstadt (Elmar Schröder) und Bad Arolsen (Jürgen van der Horst) auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher zu Besuch im Deutschen Bundestag. In dem gemeinsamen Austausch konnten aktuelle Entwicklungen und Probleme im Wahlkreis Waldeck besprochen werden. Die Bürgermeister hatten die Gelegenheit, konkrete Projektvorschläge aus den jeweiligen Kommunen vorzustellen und

für deren Realisierung zu werben. Esther Dilcher erklärte, welche Möglichkeiten es gibt, Projekte mittels Bundesförderungen umzusetzen

Neben dem Fachgespräch konnten die Bürgermeister auch einen Einblick in die Arbeit der Bundestagsabgeordneten gewinnen, indem sie u.a. eine Debatte im Plenarsaal verfolgten. Der obligatorische Kuppelbesuch des Reichstagsgebäudes durfte beim Besuch in der Bundeshauptstadt natürlich nicht fehlen.

### **BPA Fahrt – Politische Informationsreise nach Berlin**

Vom 5. bis 7. November war auch eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis Waldeck zu Gast bei Esther Dilcher in Berlin. Gleich nach der Ankunft startete die Informationsreise ganz klassisch mit einer Stadtrundfahrt durch Berlin. Zu den Highlights des Programms gehörten diesmal der Besuch beim ZDF-Morgenmagazin und ein Rundgang durch das Bundeskanzleramt. Die Diskussionsrunde mit der Abgeordneten, der Besuch des Plenarsaales sowie ein gemeinsames Fotoshooting auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes rundeten das Programm ab.



Informationen zu BPA-Fahrten findet man auf den Homepages von Esther Dilcher und Edgar Franke.



## Neuer Mitarbeiter im Team Franke

Daniel Leichtle unterstützt Edgar Franke seit wenigen Wochen in seinem Berliner Büro. Daniel hat bereits Erfahrung mit Abgeordneten gemacht. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre arbeitete der gebürtige Augsburger zwei Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter für zwei bayerische SPD-Landtagsabgeordnete.



### So erreichen Sie uns:

#### Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
[esther.dilcher@bundestag.de](mailto:esther.dilcher@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

#### Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
[edgar.franke@bundestag.de](mailto:edgar.franke@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451 717950  
[www.edgarfranke.de](http://www.edgarfranke.de)

Für sein Masterstudium zog es Daniel jetzt in die Bundeshauptstadt: Neben seiner Mitarbeit im Team Franke studiert er Zukunftsforschung an der Freien Universität Berlin.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2 und 5 oben SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 3, 4 und 5 Edgar Franke, Seiten 6, 7 und 8 Esther Dilcher, Seite 9 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.